

Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Krieges

Uli Jäger

Gibt es zur militärischen Lösung von Konflikten eine unter friedenspolitischen Gesichtspunkten überzeugende Alternative? Dieser Frage stellt sich Ulrich Jäger in dem folgenden Beitrag angesichts aktueller kriegerischer Auseinandersetzungen, an denen die Bundeswehr beteiligt war und ist. Ulrich Jäger zeigt am Beispiel Afghanistan, wie schwierig gerade in diesem aktuellen Konflikt die Etablierung ziviler Lösungsversuche ist. Die Vermeidung militärischer Intervention setzt eine friedens- und sicherheitspolitische Strategie voraus, die auch präventiven Aktivitäten einen großen Stellenwert einräumt. Welche Überlegungen dazu in der Friedensforschung und Friedensbewegung und in friedensorientierten nichtstaatlichen Organisationen entwickelt wurden, wird vom Autor exemplarisch belegt.

„Nichts ist gut in Afghanistan“ – Mit dieser Formulierung in ihrer Neujahrspredigt 2010 hat die damalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Margot Käßmann*, eine heftige Debatte über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ausgelöst. Sieben Monate zuvor war der erste Soldat der Bundeswehr in Afghanistan während einer Kampfhandlung getötet worden. Fünf Monate später, im September 2009, kamen bei einem durch deutschen Befehl angeordneten Bombardement in der Nähe der afghanischen Stadt Kunduz über einhundert Menschen, darunter viele Zivilistinnen und Zivilisten, ums Leben. Wiederum sieben Monate später titelte das Nachrichtenmagazin *Stern* seine Reportage über den Tod von weiteren vier Bundeswehrsoldaten in Afghanistan mit „Wie der Krieg nach Deutschland kam“ – und brachte damit die Stimmung nicht nur von Angehörigen der Getöteten zum Ausdruck. Zuletzt zeigte der Rücktritt von Bundespräsident *Horst Köhler* Ende Mai 2010, wie schwierig es in Deutschland ist, über den Einsatz der Bundeswehr zu diskutieren. *Köhler* hatte Bundeswehreinätze im Ausland mit ökonomischen Interessen Deutschlands in Verbindung gebracht.

Von einer systematischen Etablierung ziviler Konfliktbearbeitung auf politischer Ebene kann nicht die Rede sein

Die Bundeswehr im Kriegseinsatz? Viele Menschen in Deutschland reiben sich noch immer verwundert die Augen. Trotz der steigenden Anzahl der Bundeswehreinätze im Ausland hat man deren innen- und außenpolitische Brisanz lange Zeit in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Dabei sollte der im Jahr 2004 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung verabschiedete „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ eigentlich in eine andere Richtung weisen und die Rolle Deutschlands als friedensstiftende und zivile Macht untermauern. Leider kann seitdem von einer systematischen Etablierung ziviler Konfliktbearbeitung auf politischer Ebene nicht die Rede sein, und selbst erfolgversprechende Ansätze bleiben für die Öffentlichkeit im Schatten des Afghanistankrieges und traditioneller militärorientierter Denkmuster kaum sichtbar. Dazu trägt auch eine eher auf Gewalt- denn Friedensberichterstattung fokussierte Medienlandschaft bei.

Afghanistan: Keine Chance für zivile Lösungen?

Seit Beginn des Afghanistankonfliktes kamen über 1.700 Soldaten der in Afghanistan stationierten Truppen und zehntausende Zivilisten ums Leben. Das Friedensgutachten 2010 der fünf großen Friedensforschungsinstitute in Deutschland [Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Bonn International Center for Conversion (BICC), Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)] lässt keinen Zweifel an der Beurteilung der Leistung der politisch für den Afghanistaneinsatz Verantwortlichen: „Die Afghanistanpolitik ist gescheitert“, so wird im Friedensgutachten 2010 festgestellt (Friedensgutachten 2010, S. 3) Noch schwerer wiegt die Beurteilung der verbleibenden Möglichkeiten, einen Weg aus der politischen und humanitären Katastrophe zu finden: „Es gibt keine optimalen Optionen mehr, jede hat ihren Preis. (...) Umstritten ist, welche Option die am wenigsten schlechte ist: Schneller Abzug aus Afghanistan oder Fortführung des Engagements mit neuer Strategie? Konditionierter oder bedingungsloser Abzug? Ende der Kampfoperationen oder Fortsetzung mit neuen Zielen?“ (Friedensgutachten 2010, S. 4) In einem sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einig: „Die ausländischen Truppen sind eine Ursache der Gewalteskalation. Sie bekämpfen Aufständische, verteidigen und schützen sich selbst, zögern die Niederlage hinaus, halten eine Statthalterregierung an der Macht, bilden Afghanen für den Krieg aus, schützen manche Zivilisten und töten andere. Die neue Strategie will zwar den zivilen Aufbau stärken, doch dient das lediglich der Flankierung militärischer Operationen. (...) Militärische Aufstandsbekämpfung und Schutz der Bevölkerung sind unvereinbar. Solange die NATO kämpft, wird sie Angst und Schrecken hervorrufen, aber auch den Widerstand stärken. (...) Die NATO kann nur gewinnen, wenn sie die Kampfoperationen aufgibt“ (Friedensgutachten 2010, S. 9,10).



Deutsche ISAF-Patrouille in Afghanistan
Quelle: Wikipedia, Foto: Khyperpass

Keine Frage: Im zum Krieg eskalierten Afghanistankonflikt haben es Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung schwer, und es ist ein Leichtes, diese als der Lage nicht angemessen abzuweisen und sie nicht einmal einer Prüfpflicht zu unterziehen. Dabei ist der Afghanistankonflikt nicht ohne Vorschläge für eine zivile Konfliktbearbeitung geblieben. So hat die Organisation „Kooperation für den Frieden“ – ein breiter Zusammenschluss von Friedens- und

Menschenrechtsorganisationen – rechtzeitig dazu ein Dossier veröffentlicht. Die Kooperation hat sich zur Aufgabe gemacht, im Rahmen eines Monitoring-Projektes zivile Alternativen zum militärischen Konfliktaustrag zu entwickeln: „Wir wollen jedoch zeigen, es gibt sehr wohl zivile und menschenrechtlich geprägte Alternativen zu den vorherrschenden Kriegspolitiken. Dabei ist nicht zu erwarten, dass Friedensstiftung und -vermittlung durch einen einmaligen Akt erreicht werden. Vielmehr geht es darum, von verschiedenen Akteuren und Ansätzen aus einen Prozess ziviler Konfliktbearbeitung anzustoßen und damit die zunächst noch bestehenden Blockaden für einen Dialog zu überwinden“ (Kooperation für den Frieden 2009, S. 18). In Bezug auf Afghanistan führten Mitglieder der Kooperation unter anderem Gespräche mit der „Nationalen Friedens-Jirga“ (Afghanische Friedensversammlung),

um gemeinsam zivilgesellschaftlich gestützte Wege aus der Sackgasse auszuloten. Ausgangspunkt der detaillierten Vorschläge: „Erst wenn die afghanische Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse unter Wahrung ihrer Autonomie und ihrer Würde erkennen kann, wird sie sich auch so engagiert für Frieden und gegen Konfrontation einsetzen, dass eine Chance entsteht, Frieden Wirklichkeit werden zu lassen“ (Kooperation für den Frieden 2009, S. 20). Um diesen Prozess zu fördern, wurden präzise und umsetzbare Anforderungen an alle beteiligten Konfliktparteien auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene formuliert und erste Schritte (zum Beispiel die Vereinbarung lokaler Waffenstillstands- und Friedensabkommen) skizziert.

Die Änderung der Haltung der Konfliktparteien auf dem Weg zu einer Konflikttransformation vom militärischen zum zivilen Austrag ist auch ein Anliegen des Sicherheitspolitik- und Afghanistanexperten *Jochen Hippler*. Er formuliert notwendige Voraussetzungen für den Beginn substantieller Verhandlungen. Man kann, so Hippler, „schlecht mit einem Gegner Verhandlungen zur Konfliktlösung beginnen, wenn man gleichzeitig öffentlich verkündet, dass man ihn schwächen und militärisch an die Wand drücken will. Sich von diesem Ziel zu verabschieden, ist eine Voraussetzung für einen Verhandlungsprozess, der den Krieg beenden soll, statt ihn taktisch zu managen.“ (Hippler 2010, S. 8) Einen Schritt weiter geht der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland. In einer Stellungnahme zum Afghanistanproblem heißt es: „Wir werben dafür, dass nicht die militärische Logik das Denken, Planen und Organisieren für Afghanistan beherrscht, sondern dass den zivilen Anstrengungen der Vorrang zukommt, der ihnen in friedensethischer Hinsicht gebührt. (...) Die Konsequenz kann nur heißen, die Arbeit der zivilen Friedenskräfte der Regierungen und den Beitrag der der Entwicklung und der humanitären Hilfe dienenden Nichtregierungsorganisationen quantitativ und qualitativ zu verbessern“ (EKD 2010).

Das Werben für zivile Alternativen ist dringend notwendig

Das Werben für zivile Alternativen ist dringend notwendig. Denn tatsächlich besteht der Eindruck, dass in Afghanistan die militärische Logik stetig die Oberhand gewinnt, wie sich an zwei Beispielen zeigen lässt. Zum einen nimmt die Verwischung zwischen der NATO geführten, von den Vereinten Nationen mandatierten International Security Assistance Force (ISAF) und der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF) immer mehr zu. Darüber hinaus wird von den für zivilen Aufbau zuständigen Nichtregierungsorganisationen die von Regierungsseite geforderte Nähe und Kooperation mit den Militärkräften beklagt. So wird im Zuge des Afghanistankonfliktes eine andere Debatte ausgetragen, weniger öffentlichkeitswirksam und doch sehr bedeutend für die zukünftige Richtung von Interventionen. Dabei geht es um die Frage, inwieweit Militär und zivile Kräfte kooperieren sollen. Das Konzept CIMIC (Civil-Military Cooperation) wurde erst recht zu einem Reizthema, als der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *Dirk Niebel*, ankündigte, keine Nichtregierungsorganisationen mehr unterstützen zu wollen, die sich dieser Zusammenarbeit verweigerten. Dazu *Cornelia Füllkrug-Weitzel*, Direktorin der Aktion *Brot für die Welt*. „Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist Bestandteil der militärischen Operationsführung und bedeutet die strukturelle Einbindung zivilgesellschaftlicher – lokaler wie internationaler – Kräfte dort, wo rein militärische Mittel dauerhaft nicht zur erfolgreichen Kriegsführung und nachfolgenden Befriedung einer Region ausreichen. (...) Diese Unabhängigkeit ist die Basis für die Akzeptanz

der Hilfe durch alle Kriegsparteien. Sie ist auch die Basis für die Sicherheit der humanitären Helfer, sie ist das Herz der Internationalen Codes of Conduct der humanitären Hilfe. Diese Unabhängigkeit wird durch CIMIC nachhaltig untergraben. CIMIC ist der Totengräber des humanitären Völkerrechts“ (Füllkrug-Weitzel 2010, S. 34).



Aktionsfeld für CIMIC? Ein US-Soldat bei der Verteilung von Hygienebeuteln an afghanische Mädchen im östlichen Afghanistan
Quelle: Wikipedia; Foto: Matthew Leary

Zum Zweiten wird insgesamt beklagt, dass zu wenige zivile Kräfte zur Verfügung stehen, wenn es zum Beispiel darum geht, Polizisten als Freiwillige für die Ausbildung der Polizisten zu gewinnen. In einer Bilanz internationaler Einsätze schreibt die Friedensforscherin *Martina Fischer*: „Anstelle

massiver Truppenpräsenz würden in vielen Nachkriegsregionen eher Polizeikräfte benötigt, die für Aufstandsbekämpfung ausgebildet und ausgerüstet sind, sich von ihrem Mandat her als Durchsetzungsinstanz von vereinbartem Recht verstehen, im Sinne der Gewaltvermeidung und Deeskalation agieren und sich im Ernstfall für Gewaltanwendung individuell verantworten müssen. Aber es mangelt bislang hierzulande wie international noch an Phantasie und politischer Bereitschaft, entsprechende Einheiten in ausreichender Zahl aufzubauen und für UN-Einsätze bereitzustellen. Nachkriegsstabilisierung erfordert eine konsequente Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, die physischen Schutz und Rechtssicherheit garantieren, und dem organisierten Verbrechen und Korruption wirksam begegnen können.“ (Fischer 2010)

Zivile Konfliktbearbeitung

Gleichwohl wird heute in unterschiedlichen Kontexten von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft über Ansätze, Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung intensiv diskutiert (vgl. Weller 2007). Auf der internationalen Ebene spielt das Konzept der Krisenprävention eine herausragende Rolle. Es wird vor allem seitens

Auf der internationalen Ebene spielt das Konzept der Krisenprävention eine herausragende Rolle

der UNO gefördert und vorangetrieben mit dem Ziel, von der „Kultur der Reaktion zu einer Kultur der Prävention“ zu gelangen. Dazu gehören Instrumente wie die Einrichtung von Frühwarnsystemen, die Guten Dienste und die rechtzeitige Vermittlung zwischen Konfliktparteien, die Förderung von Demokratie, ökonomischer Gerechtigkeit und Menschenrechten sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle. Neben der Prävention geht es um unterschiedliche Wege zur Friedensschaffung (wenn der Konflikt bereits gewaltsam eskaliert ist) und um Maßnahmen der Friedenskonsolidierung nach Ende eines Krieges. Noch gibt es keine allgemein verbindliche Sprachregelung für die unterschiedlichen Ansätze (vgl. Schweitzer 2009). In der deutschen Politik hat der im

Jahr 2004 von der damaligen Bundesregierung verabschiedete Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wichtige Zeichen gesetzt. Angesichts der großen Herausforderungen obliege es dem Staat, Mechanismen zur friedlichen Konfliktaustragung bereitzustellen oder entsprechende nichtstaatliche und informelle Instrumentarien zu fördern. „Ausgehend von einem erweiterten Sicherheitsbegriff gilt es, in tatsächlichen oder potenziellen Krisenregionen nicht nur die staatlichen Strukturen herzustellen oder zu stärken, die für die Vermeidung von Konflikten erforderlich sind, sondern auch Friedenspotenziale in der Zivilgesellschaft, bei den Medien und in Kultur und Bildung zu schaffen sowie

Trotz aller Anstrengungen reagiert die Politik weiterhin kurzatmig auf aufziehende oder bereits ausgebrochene Gewaltkonflikte

die Lebenschancen der betroffenen Menschen durch geeignete Maßnahmen in den Gebieten Wirtschaft, Soziales und Umwelt zu sichern“ (Bundesregierung 2004, S. 36). Krisenprävention erfordere ein kohärentes und koordiniertes Handeln aller beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure und berücksichtige zivile und militärische Maßnahmen. Der Aktionsplan und seine beiden bislang vorliegenden Umsetzungsberichte (2004-2006 und 2006-2008) sind nicht unkritisiert geblieben.

Grundlegend wird auf den fehlenden politischen Willen bei der Umsetzung hingewiesen, massive Abstimmungsprobleme zwischen den beteiligten Ressorts werden genannt, moniert wird, dass der Aktionsplan keine haushaltstechnischen Weichenstellungen zugunsten eines Politikwechsels nach sich gezogen habe. Trotz aller Anstrengungen reagiere die Politik weiterhin kurzatmig auf aufziehende oder bereits ausgebrochene Gewaltkonflikte (vgl. Moltmann 2009). Trotzdem gibt es kleine Erfolgsgeschichten in der Umsetzung. Dazu gehört die Etablierung des Förderprogramms zivik, angesiedelt beim Institut für Auslandsbeziehungen und ausgestattet mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. Zivik berät Nichtregierungsorganisationen sowie das Auswärtige Amt im Themenbereich der zivilen Konfliktbearbeitung und fördert, dokumentiert und evaluiert Projekte, die in Krisenregionen weltweit durchgeführt werden.

Bei den großen gesellschaftlichen Einrichtungen widmen sich vor allem die Kirchen dem Thema und setzen eigene Akzente. „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ lautet das Motto einer Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, aus dem Jahr 2007. Mit der Kategorie des „gerechten Friedens“ löste sich die EKD von der langjährigen Diskussion um die Legitimation „gerechter Kriege“. In der Denkschrift heißt es: „Im Rahmen des Konzepts des gerechten Friedens ist die zivile Konfliktbearbeitung eine vorrangige Aufgabe“ (EKD 2007: 108). In diesem Kontext wird eine Vielfalt von Aktivitäten genannt, die es aufeinander abzustimmen und zu vernetzen gilt:

- Unterstützung und Aufbau von zivilen Strukturen in Konflikt- und Krisenregionen (z. B. Förderung von Nichtregierungsorganisationen, Beratung und Begleitung beim Aufbau von Institutionen)
- Förderung und Aufbau demokratischer Strukturen und Rechtsorgane (z. B. Wahlbeobachtung, Monitoring von Polizei, Gerichtsverfahren und Gefängnissen, Beratung von Parteien und beim Aufbau oder der Reform von Rechts- und Sicherheitssystemen)
- Verständigung über Werte und Maßstäbe für gesellschaftliches Zusammenleben (z. B. Unterstützung von Wahrheitsfindung und Versöhnung, interreligiöse Dialoge und Mediationsangebote)

- Einflussnahme auf politische Prozesse der Meinungs- und Entscheidungsbildung (z. B. Monitoring bei Menschenrechtsverletzungen, Ermutigung lokaler Akteure für friedenspolitische Aktivitäten)
- Maßnahmen zur Deeskalation gewaltförmiger Konflikte (z. B. Begleitung gefährdeter Personen, Dialoge mit Konfliktparteien), friedenspädagogische Bildungsarbeit (z. B. Qualifizierungsangebote, gemeinsame Projekte mit Konfliktparteien)
- Netzwerkbildung und Förderung von Friedensallianzen (z. B. Unterstützung von Erfahrungsaustausch auch zwischen verschiedenen Konfliktregionen – wie etwa Nordirland und Kosovo – Politikberatung)
- gezielte Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Beratung bei Berichterstattung, Ausbildung von Friedensberichterstattern)
- bildungspolitische Maßnahmen (z. B. Mediation in Schulen)
- Demobilisierung und Reintegration von Exkombattanten (z. B. durch Beratung, Traumaverarbeitung, Kampagnen gegen Kleinwaffen und Antipersonenminen)
- Förderung von Friedensforschung sowie Beachtung der sozio-kulturellen Aspekte des Geschlechterverhältnisses für Fragen von Gewalt und Frieden in den verschiedenen Handlungsfeldern. (vgl. EKD 2007, S. 112)

Abgesehen von diesen zivilen Maßnahmen spricht die EKD auch von einer „rechtserhaltenden Gewalt“ und formuliert: „In einer nach wie vor friedlosen, unerlösten Welt kann der Dienst am Nächsten aber auch die Notwendigkeit einschließen, den Schutz von Recht und Leben durch den Gebrauch von Gegengewalt zu gewährleisten“ (EKD 2007: 42). Die kritische Auseinandersetzung mit diesem Grundsatz hat gerade erst begonnen und wird vor allem in kirchlichen Kreisen weiter für Diskussionsstoff sorgen.



Symbol für Kriegszerstörung und Wiederaufbauwille:
die Gedächtniskirche in Berlin
©Peter-von-Bechen/pixelio.de

Schließlich wird das Thema zivile Konfliktbearbeitung im zivilgesellschaftlichen Bereich von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen gefördert und die gleichnamige „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ hat es sich als Zusammenschluss auch zur Aufgabe gemacht, die zwingend notwendige Legitimation für zivile Alternativen Gewalteskalation und Krieg in der Öffentlichkeit zu erhöhen
(www.konfliktbearbeitung.net).

Auch die Politische Bildung kümmert sich auf höchster Ebene um das Thema: so findet sich im Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ein ganzer Bereich mit knappen und gut formulierten Sachartikeln zu unterschiedlichen Aspekten des Themas.

Klein, aber fein: Ziviler Friedensdienst

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist eine von den 160 Maßnahmen, die im Aktionsplan der Bundesregierung aufgegriffen wurden, und die gemeinsam mit Trägern der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und Nichtregierungsorganisationen aus dem Friedensbereich tatsächlich umgesetzt wurde. Der ZFD ist ein Programm, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird und zwar in den Jahren 1999 bis 2009 mit rund 116,8 Millionen Euro. Getragen wird der ZFD von staatlichen und nichtstaatlichen Trägerorganisationen. Sie bereiten Friedensfachkräfte auf ihre Einsätze in Konflikt- und Kriegsregionen vor und entsenden sie dorthin. Die Fachkräfte arbeiten grundsätzlich mit örtlichen Partnerorganisationen oder Friedensinitiativen zusammen. Seit Gründung des ZFD 1999 wurden insgesamt 528 Fachkräfte in 50 Länder entsandt (Stand 30.9.2009) – nach Afrika, Asien, Lateinamerika, in den Nahen Osten und auf den Balkan. Anfang des Jahres 2010 waren knapp 200 Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes im Einsatz, und über 30 Personen befanden sich in Vorbereitungskursen. Über das Gesamtprogramm und alle Einsätze des ZFD entscheidet das BMZ im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt.

In einer im Jahr 2008 überarbeiteten Fassung der „Standards für den Zivilen Friedensdienst“, herausgegeben vom Konsortium Ziviler Friedensdienst, werden folgende Handlungsfelder beschrieben:

- Aufbau von Kooperations- und Dialogstrukturen über Konfliktlinien hinweg (einschließlich Stärkung traditioneller Schlichtungsinstanzen)
- Schaffung von Anlaufstellen und gesicherten Räumen für Unterstützung und Begegnung von Konfliktparteien
- Stärkung von Informations- und Kommunikationsstrukturen zum Thema „Ursachen und Auswirkungen gewaltsamer Konflikte“ (u. a. Friedensjournalismus, Vernetzung, Monitoring von Konfliktverläufen)
- Reintegration und Rehabilitation der von Gewalt besonders betroffenen Gruppen (einschließlich Maßnahmen der psychosozialen Unterstützung/Traumabarbeitung)
- Beratung und Trainingsmaßnahmen zu Instrumenten und Konzepten ziviler Konfliktbearbeitung sowie beim Aufbau von Strukturen
- Friedenspädagogik (einschließlich Bildungsmaßnahmen zum Abbau von Feindbildern)
- Stärkung der lokalen Rechtssicherheit (Beobachtung der Menschenrechtssituation, Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, Aufbau und Stärkung lokaler Institutionen).

Es ist nicht einfach und vermutlich auch nur begrenzt möglich, die friedensfördernden Folgen von Maßnahmen wie dem ZFD wissenschaftlich zu erfassen bzw. nachzuweisen. Glücklicherweise liegen erste systematische Untersuchungen vor und weisen Wege, wie Wirkungsanalysen gestaltet werden können (vgl. Quack 2009). Offensichtlich sind Erfolge im Einzelnen unverkennbar. Davon zeugen auch Fallbeispiele, Erfahrungsberichte und Reportagen über die Arbeit der Friedensfachkräfte (vgl. Konsortium Ziviler Friedensdienst 2009). Gleichwohl bleiben die Bilanzen zum zehnjährigen Bestehen des ZFD ambivalent: „Die Effekte dieser Arbeit drohen jedoch zu verpuffen, wenn der politische Gesamtprozess ziviler Konfliktbearbeitung ausbleibt. Der Zivile Friedensdienst kann eine kohärente zivile Friedenspolitik nicht ersetzen“ (Schönegg 2009, S. 291).

Streitkultur als Voraussetzung

Zurück zu Afghanistan: Folgt man Meinungsumfragen, so lehnten im Februar 2010 über 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr ab. Doch wie stehen die Menschen prinzipiell zum Einsatz militärischer Gewalt? Wie beantworten sie die Frage nach den Handlungsoptionen der

Viele Fragen bezüglich der militärischen Einsätze der Bundeswehr auf der einen und den Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung auf der anderen Seite sind offen

Staatengemeinschaft, wenn innerhalb eines Staates Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt werden (UNO-Konzept der Schutzverantwortung, Responsibility to Protect)? Sind sie bereit, auch mehr Anstrengungen für zivile Konfliktbearbeitung zu unterstützen, persönlich, inhaltlich und auch finanziell? Viele Fragen bezüglich der militärischen Einsätze der Bundeswehr auf der einen und den Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung auf der anderen Seite sind offen. In

einem Aufsatz über die deutsche Afghanistanpolitik verweist die Sozialpsychologin und Friedensforscherin *Eva Senghaas-Knobloch* darauf, dass jede auswärtige militärische Intervention in den intervenierenden Demokratien eine Debatte im Inneren nach sich ziehe (vgl. Senghaas-Knobloch 2010, S. 22 ff.). Jetzt geht es darum, diese Debatte in Deutschland konstruktiv zu führen. Die politische Bildung im Allgemeinen und die Friedenspädagogik im Besonderen sind herausgefordert ihren Beitrag zu dieser Auseinandersetzung zu leisten und den öffentlichen Diskurs zu fördern. Dazu gehört es auch, langjährige Tabuthemen wie das Töten im Krieg nicht unberührt zu lassen. *Winfried Nachtwei*, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und ausgewiesener Sicherheitsexperte, schreibt: „Ich habe mit Fallschirmjägern in Kunduz gesprochen. Was sie erlebt haben, waren Kriegssituationen. Als Lehrer habe ich im Unterricht mit den Schülern ‚Im Westen nichts Neues‘ gelesen, um bei den Jugendlichen ein Gefühl dafür zu schaffen, was Krieg bedeutet, was das mit den Menschen macht. Die Menschen der gegnerischen Parteien stecken in genau dieser Falle: Entweder du oder ich. Da geht es nicht mehr um irgendwelche Ziele. Man steht im Überlebenskampf gegeneinander. Der ganz elementare Überlebenswille – das ist der menschliche Schmierstoff fürs Funktionieren von Kriegen. Und genau das habe ich auch bei den Berichten der Fallschirmjäger aus dem Gefecht wiedergefunden. Entweder du oder ich.“ (Nachtwei 2010, S. 241 f.) Vor allem in der Friedenspädagogik kann man auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen, wie solche an elementaren Lebensfragen ansetzenden Diskurse zu führen sind. Die Verknüpfung mit einer offenen, konstruktiven Sachdiskussion über die tatsächlich besten Wege zum Frieden (nicht zum Sieg!) wäre ein substantieller Beitrag, „Gewaltbeziehungen in die Richtung weniger gewaltträchtiger Beziehungen zu transformieren“ (Senghaas-Knobloch 2010, S. 22 ff.).

Literatur

Deutsche Bundesregierung: Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berlin 2004

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2. Auflage Gütersloh 2007

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Ein evangelisches Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan, Hannover, 25. Januar 2010

Martina Fischer: Friedenskonsolidierung – Zu den Widersprüchen internationaler Missionen in Nachkriegsregionen. In: *Hans Joachim Gießmann/A. Wagner* (Hrsg.): *Armee im Einsatz*, Baden-Baden 2010 (i. E.)

Friedensgutachten 2010. Herausgegeben von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST) u. a., Münster 2010

Cornelia Füllkrug-Weitzel: Interview in: *zivil*, Ausgabe 1/2010, S. 32-34

Jochen Hippler: „Taktisches Durchwursteln kann den Krieg nicht beenden“. Interview in: *Welt-Sichten*, Ausgabe 3/2010, S. 8-9

Kooperation für den Frieden (Hrsg.): *Afghanistan-Konflikt. Dossier IV des Monitoring-Projektes Zivile Konfliktbearbeitung*, Bonn 2009. Bezug: www.koop-frieden.de/

Konsortium Ziviler Friedensdienst (Hrsg.): *Gewaltfrei für den Frieden. Menschen und Projekte – Eine Reise um den Globus*, Frankfurt/Main 2009

Winfried Nachtwei: Der Krieg war terminologisch abgeschafft. In: *Ute Susanne Werner:* „Ich krieg mich nicht mehr unter Kontrolle“. *Kriegsheimkehrer der Bundeswehr*, Köln 2010, S. 235-247

Christine Schweitzer: *Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung. Ifa-Studie*, Stuttgart 2009

Eva Senghaas-Knobloch: *Afghanistan – Friede als Ernstfall*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2010, Seite 21-24

Günter Schönegg: *Zehn Jahre Ziviler Friedensdienst – Eine Zwischenbilanz*. In: *Friedensgutachten 2009*. Münster 2009, S. 280-292

Martin Quack: *Ziviler Friedensdienst: Exemplarische Wirkungsanalysen*. Wiesbaden 2009

Christoph Weller: *Zivile Konfliktbearbeitung. Aktuelle Forschungsergebnisse. INEF-Report 85/2007*



Uli Jäger, Politikwissenschaftler M.A., ist Ko-Leiter des Instituts für Friedenspädagogik Tübingen e. V. und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung der Universität Tübingen. Er ist Mitglied im Wiss. Beirat der Deutschen Stiftung Friedensforschung, im Beirat Arbeitskreis Friedensauftrag der Kirchen

der Württembergischen Landeskirche sowie in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, AFK, und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu den Themen Friedenspädagogik, Zivile Konfliktbearbeitung, Globales Lernen sowie Sport und Friedensförderung.

Adresse über das Institut: Corrensstr. 12, 72076 Tübingen.

E-Mail: u.jaeger@global-lernen.de